Jung und pleite - ganz normal und niemand kann was dafür?

Von Sani Meier, April 2023, REVOLUTION-Zeitung April/Mai 2023

"Lehrjahre sind keine Herrenjahre" – diesen oder ähnliche Sprüche hast du vielleicht auch schon gehört, ob von Lehrer_Innen, Vorgesetzten oder Eltern. Gemeint ist damit, dass man während seiner Schulzeit, Ausbildung oder Studium trotz großer Mühen wenig Geld zur Verfügung hat und dass das alles ganz normal und völlig in Ordnung sei. Geld verdienen sei was für Erwachsene und wer was anderes erwartet, sei selbst schuld. Aber warum sollten wir uns damit zufriedengeben und wie sieht die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland wirklich aus?

Hard facts:

In Deutschland ist momentan jedes fünfte Kind von Armut bedroht, besonders in alleinerziehenden und Mehrkindfamilien. Von den jungen Erwachsenen unter 25 sind es ein Viertel. Frauen und migrantisierte Menschen trifft es nochmal stärker. Insgesamt haben junge Erwachsene zwischen 14 und 25 in Deutschland das höchste Armutsrisiko aller Altersgruppen, egal in welchem Bundesland.

Während man noch zur Schule geht, hat man in der Regel kein eigenes Einkommen und wohnt meist bei den Eltern. Diese verwalten das Kindergeld und entscheiden über die Höhe und Häufigkeit des Taschengeldes, das sie zahlen können oder wollen. Wenn die eigenen Eltern selbst gerade so über die Runden kommen oder man kein gutes Verhältnis zu ihnen hat, bleiben zwei Optionen: kein eigenes Geld haben oder sich ab dem 14. Geburtstag einen Minijob suchen. Beides ist belastend für junge Menschen- entweder hat man keinen Zugang zu Essen, Kino und Freibad oder man erfährt schon früh die Doppelbelastung von Schule und Lohnarbeit, was sich negativ auf die schulischen Leistungen auswirken kann. Jetzt noch ein unbezahltes Pflichtpraktikum on top? Im Kapitalismus gar kein Problem.

Hat man diese Zeit hinter sich gebracht, geht das gleiche Spiel in Ausbildung und Studium weiter: Während der gesetzliche Mindestlohn aktuell bei 12€ liegt, bekommen Azubis gerade mal die Hälfte. Viele kommen aktuell gar nicht erst an diesen Punkt: 261.800 junge Menschen, die ein Interesse an einer Berufsausbildung hatten, fanden im Ausbildungsjahr 2018/2019 keine Stelle. Das heißt: Mehr als die Hälfte aller an einer Ausbildung interessierten und bei der Arbeitsagentur gelisteten Jugendlichen ging leer aus. Unter Studierenden sind 38% von Armut betroffen. Lebt man in einer WG oder alleine, sind es 76%. Viele von ihnen sind zusätzlich von Wohnungslosigkeit betroffen, das heißt, sie hangeln sich von Zwischenmiete zu Zwischenmiete, da der aktuelle Wohnungsmarkt keine Angebote mehr für junge, einkommensschwache Menschen bieten kann. Und auch das BAföG reicht nicht aus, um das auszugleichen: Selbst wenn man Anspruch darauf hat, reicht es in der aktuellen Preisentwicklung von Lebensmitteln, Mieten und Energie schon lange nicht mehr aus und muss dringend reformiert werden.

Das alles hat weitreichende Folgen für die Entwicklung junger Menschen: Während der Schule hat man weniger Zugang zu ruhigen Orten wie einem eigenen Zimmer oder einen eigenen Laptop als Kinder aus wohlhabenden Familien. Es ist schwieriger, Hobbies auszuüben, wenn dafür Vereinsbeiträge zu zahlen sind, kann weniger reisen und kaum am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Man gibt weniger Geld für die eigene Gesundheit aus, ist der ständigen Doppelbelastung von Schule/Studium und Arbeit ausgesetzt und stark abhängig von den Eltern, was viele junge Menschen an ihrer freien Entfaltung hindert und sich so auch negativ auf die psychische Verfassung auswirkt. Wenn Politiker wie Frank-Walter Steinmeier jetzt auch noch ein soziales Pflichtjahr für Jugendliche fordern, fragt man sich ernsthaft, wer hier eigentlich den Kontakt zur Gesellschaft verloren hat.

Und das alles soll normal sein?

Wir finden das alles andere als normal und sprechen unter anderem deshalb in diesem Kontext von Jugendunterdrückung. Junge Menschen werden massiv ausgebeutet und an ihrer selbstbestimmten Entwicklung gehindert, haben die meiste Zeit ihrer Jugend kein Wahlrecht und sind rechtlich entmündigt. Aus diesem Grund organisieren wir uns in einer unabhängigen Jugendorganisation, die jungen Menschen eine Stimme gibt und von niemandem bevormundet wird. Unsere Unterdrückung ist eng mit dem Kapitalismus verknüpft, da ihre Normalisierung und Verharmlosung eine Überausbeutung unserer Arbeitskraft rechtfertigt. Gemeinsam sagen wir dem kapitalistischen "Normalzustand" den Kampf an und werfen folgende Forderungen auf:

- Für die ökonomische Unabhängigkeit von Schüler_Innen, Studierenden und Jugendlichen in Ausbildung! Für ein Mindesteinkommen, angepasst an die Lebenssituation im jeweiligen Land durch die Besteuerung von Reichtum und Kapital.
- Kostenfreier Zugang zu Lernmitteln wie Laptops, Tablets und Büchern, sowie frei zugänglichen Lernräumen!
- Wer arbeiten darf, soll auch wählen dürfen! Für das Wahlrecht ab dem Zeitpunkt des legalen Berufseintrittsalters.
- Kampf für höheren Mindestlohn für alle Arbeitenden in Anpassung an die Inflation, kontrolliert von Arbeiter_Innenausschüssen! Schluss mit unbezahlten Praktika und sozialen Pflichtjahren!
- Unkomplizierter und kostenfreier Zugang zu Wohnräumen. Niemand darf dazu gezwungen sein, bei der eigenen Familie zu leben oder wohnungslos zu sein!
- Ausbau von Jugendzentren und Freizeit- und Kulturangeboten, bezahlt durch die Besteuerung der Reichen!
- Volle Selbstbestimmung über den eigenen Körper, Schluss mit medizinischer Entmündigung Minderjähriger!
- Für das Recht auf Eigentum und die selbstständige Verfügung darüber! Eltern dürfen kein Recht haben, das Eigentum von Jugendlichen zu entwenden, wie es bspw. bei Handys oft passiert!

Ausbildung für alle?!

Von Lia Malinovski, März 2023

Die Bundesregierung hat diese Woche beschlossen: Es soll jede_r Jugendliche das Recht auf eine Ausbildung bekommen. Sollte man keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen und nachweisen können, dass man sich erfolglos beworben hat, soll es die Möglichkeit auf eine außerbetriebliche Ausbildung geben.

Was wurde beschlossen?

Es wurde ein neues Gesetz beschlossen, laut dem alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, das Recht auf eine außerbetriebliche Ausbildung bekommen sollen. Dabei ist die Dauer zwischen 24 und 42 Monaten. Die Ausbildung soll mit einem vollqualifizierenden und formell gleichwertigen Berufsabschluss enden. Das Gesetz soll am 01. August 2024 in Kraft treten. Es soll für alle jungen Menschen gelten, die nachweisen, dass sie sich erfolglos beworben haben, in der Berufsberatung waren, vom Jobcenter nicht in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden konnten und in Regionen leben, in denen es zu wenig Ausbildungsplätze gibt. Die DGB-Jugend wertet das Gesetz als Erfolg der Gewerkschaft, kritisiert aber auch, dass es nicht ausreichend ist und fordert den Ausbau von Ausbildungsstätten.

Wie stehen Marxist_Innen dazu?

Erst einmal muss gesagt werden, dass wir es natürlich unterstützen, wenn Jugendliche das Recht auf eine Ausbildung haben. Dieses Recht muss verteidigt und ausgebaut werden. Doch was kann aus diesem Gesetz folgen? Das ist schwierig abzuschätzen. Denkbar ist aber, dass es zu einem Abbau an betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten kommt, da diese teuer für Betriebe sind und wenn der Staat sie eh bezahlt, wieso sollte man dann selber ausbilden? Eine Frage, die nicht geklärt ist, ist die Frage nach dem Gehalt. Ausbildungsgehälter sind viel zu niedrig und haben einen Mindestlohn von 6€

statt den regulären 12. Aber viele, besonders schulische Ausbildungen, bezahlen ihre Azubis gar nicht erst. Wie es bei der außerbetrieblichen Ausbildung hier aussieht, steht nicht fest. Wir müssen aber dafür einstehen, dass die Ausbildung bezahlt wird und die Löhne weiter angehoben werden!

Ansonsten schließen wir uns dem DGB an, mit der Forderung nach mehr betrieblichen Ausbildungen. Zwar sagt der Bundesarbeitsminister, dass die betriebliche Ausbildung weiterhin die Regel sein soll, ob das sich so bewahrheitet steht zur Debatte. Anstatt außerbetriebliche Ausbildungen zu fördern, müssen betriebliche Ausbildungen ausgebaut werden und die Löhne angehoben werden!

Wir fordern also:

- Nein zum Abbau von Lehrstellen in Betrieben! Für mehr Lehrstellen mit Facharbeiter Innenabschluss!
- Umwandlung von Berufsvorbereitungsmaßnahmen, Berufsgrundschuljahren und allen Sondermaßnahmen in Lehrstellen!
- Keine Arbeit unter Tarif! Für die gewerkschaftliche Organisierung aller Jugendlichen!
- Gegen Jugendarbeitslosigkeit! Für Ausbildungen für alle Jugendliche!
- Für die Aufnahme in die Gewerkschaften von arbeitslosen Jugendlichen!
- Für die Anpassung der Löhne an die Inflation, kontrolliert durch Ausschüsse der Arbeiter_Innen und Auszubildenden!

"Die Pflege muss enteignet

werden!"

Interview mit einem Pflegeazubi aus Leipzig, Artikel aus der FIGHT 2023, unserer Zeitung gemeinsam mit der Gruppe Arbeiter:innenmacht (und anderen Sektionen der LFI) zum 8. März 2023

Das Wort Pflegenotstand ist in aller Munde: Überall fehlt es an Pflegekräften und Fachpersonal, Löhne sind viel zu niedrig. Die Politik hat nichts weiter übrig als vermeintlich wertschätzende Worte, aber es brennt an allen Enden und Ecken. Aber nicht nur die festangestellten Pflegekräfte bekommen etwas von den Problemen mit, auch die Azubis spüren es am eigenen Leib. Daher habe ich mich mit D., 19 Jahre, aus Leipzig getroffen, welcher eine Ausbildung zur Pflegefachkraft in einem privaten Altenpflegedienst in Leipzig absolviert. Das Interview führte Leonie Schmidt.

Hallo D., warum hast du dich für die Ausbildung zur Pflegefachkraft entschieden und was sind deren Inhalte?

Ich habe mich dafür entschieden, weil ich Menschen helfen will und ich auch so sozialisiert wurde. Meine Eltern waren auch schon Pfleger:innen.

Die Ausbildung zur Pflegefachkraft dauert 3 Jahre. Da ist alles drin von der Grundpflege, wie man einen Menschen richtig pflegt, wie man mit ihm kommuniziert, wie man psychischen Support leistet. Dann geht es weiter zu den Medikamenten, zum Aufbau des menschlichen Körpers. Durch die Zusammenführung der Ausbildung ist es so, dass man echt viel Medizin, darunter Anatomie lernen muss. Und das ist natürlich auch ein riesiger Stress, der auf die Azubis zukommt. Von dir als Azubi wird verlangt, dass du 8 Stunden in der Schule sitzt und dann 8 Stunden zu Hause nochmal lernst bzw. dich auf der Arbeitsstelle nochmal hinsetzt und am besten noch Hausaufgaben machst, was einfach nicht möglich ist in den meisten Fällen. Und am Ende der Ausbildung bist du dann eine Pflegefachkraft, die Allrounderin ist und überall eingesetzt werden kann- und auch wird. Also man hat diesbezüglich keine Probleme später, wenn man nach einer

Arbeitsstelle sucht.

Das klingt auf jeden Fall ziemlich interessant, aber auch anspruchsvoll. Es gibt ja sowieso schon aktuelle Probleme in der Pflege. Wie schlägt sich denn der Pflegenotstand auf deine Ausbildung nieder?

Es ist definitiv der Personalmangel, der sich hier zeigt, also dass die Fachund Führungskräfte total überlastet sind, Dienstpläne nicht geschlossen werden können. Wenn sich jemand krankmeldet, dann wird Druck gemacht. Jemand muss aus dem Urlaub oder freien Tag geholt werden. Und das sind dann meistens wir Azubis, zumindest war es bei mir so. Du wirst für die "Drecksarbeit" eingesetzt, der Klassiker. Du lernst in den meisten Fällen nicht mal wirklich was bei den Aufgaben. Entweder hast du im betreuten Wohnen gar nichts zu tun oder im Krankenhaus richtig viel Stress, wo du den ganzen Tag rumläufst, Betten beziehst, Medikamente verteilst und so weiter. Auch Sachen, die du eigentlich noch gar nicht machen darfst wie Spritzen oder Infusionen vorbereiten und anhängen sind dann alles Aufgaben, die auf dich abgewälzt werden, weil die Fachkräfte das zeitlich nicht schaffen. Natürlich ist es auch ein großes Problem, dass du dauerhaft am Arbeiten bist. Du hast keine Freizeit. Du bist am Wochenende arbeiten, wenn deine Freunde feiern gehen. Du bist abends arbeiten, wenn deine Freunde zuhause sitzen und Serien schauen. Du hast nie Zeit, was einen natürlich auch psychisch total fertigmacht - vor allem in so einem jungen Alter. Dann hat man einfach keine Jugend, weil man die ganze Zeit nur auf der Arbeit ist oder lernt.

Die Azubis werden also wie überall als volle Arbeitskraft eingesetzt, aber weder ordentlich entlohnt noch ordentlich ausgebildet, was gerade in Kombination mit dem Pflegenotstand besonders heftig ist. Das ist natürlich ein Sache, die man ganz klar angehen muss. Und was gibt es für Probleme speziell an deinem

Arbeitsplatz?

Ein ganz großes Problem bei dem privaten Pflegedienst, wo ich meine Ausbildung mache, ist, dass es keine Kommunikation im Team gibt. Man bekommt erst Sachen mit, wenn es wirklich zu spät ist, bspw. bei einer Abmahnung. Es gibt keinen mentalen Support. Niemand fragt zum Beispiel, warum du zu spät gekommen bist, es dir schlecht geht oder du keine Motivation zeigst. Und das zweite sehr große Problem ist, dass es ein privater Pflegedienst ist, und das führt dazu, dass der Mensch dort eine Ressource ist, egal ob Arbeit, nehmer":in oder Patient:in. Beide Gruppen werden extrem ausge-beutet und nur der Profit steht im Vordergrund.

Gibt es bei deiner Ausbildungsstelle auch Fälle von Rassismus oder Sexismus?

Bei meiner Stelle, am Randgebiet von Leipzig, gibt es auch sehr viel alltäglichen Rassismus. Wir haben zum Beispiel einen Pflegeazubi, der ist super lieb, 27 Jahre alt und wohnt seit 7 Jahren in Deutschland. Er spricht perfekt Deutsch, hat vorher auch eine Sozialassistentenausbildung gemacht und danach eine zum Krankenpflegehelfer. Jetzt macht er gerade eine Ausbildung zur Pflegefachkraft und studiert nebenbei. Er hat so viele Jahre fürs Gesundheitssystem in Deutschland gearbeitet und immer noch keinen deutschen Pass. Von Patient:innen und auch von den Mitarbeiter:innen kommen oft dumme rassistische Kommentare, wenn er nicht da ist.

Und der alltägliche Sexismus von der älteren Generation, was man nun mal leider kennt, kommt auf jeden Fall auch vor. Es gibt hier viele kleinbürgerliche Rechte mit Freiwildtattoo und "Böhse Onkelz"-Sticker am Auto. Mehr habe ich so konkret nicht mitbekommen, aber man merkt diese Stimmung immer, wenn es um solche Themen geht.

Das klingt nach einer Situation und Arbeitsbedingungen, die so nicht hinnehmbar sind. Was denkst du, wo müssten wir im Arbeitskampf im Pflegebereich ansetzen?

Definitiv Pflege enteignen! Pflege darf nicht, egal in welchem System, privat

sein. Es kann nicht sein, dass Menschen so ausgebeutet werden, dass ihre Gesundheit als Ressource angesehen wird. Ich denke, das wird es wahrscheinlich in jedem Bereich des Kapitalismus geben. Aber in der Pflege ist es natürlich nochmal was ganz anderes, wenn wirklich spezifisch damit Geld gemacht wird, dass Menschen auf dich angewiesen sind. Und das sollte es nicht geben. Es sollte also alles unter Kontrolle der Arbeiter:innenklasse verstaatlicht werden, höhere Einheitslöhne und bessere Arbeitsbedingungen geben. Gerade die Ausbildung sollte attraktiver gemacht werden, besonders für junge Menschen. Und es sollte einfach viel mehr Support von der breiten Masse für diese Ausbildung geben, zum Beispiel Boni. Das Schulsystem sollte angepasst werden, dass man auch einfach mal Jugendliche/r sein kann während der Ausbildung. Wenn man zum Beispiel neben der Berufsschule arbeitet, sollte es angepasst werden, dass man nicht 12 – 13 Tage durcharbeiten darf. Gewerkschaftliche Arbeit, auch im Azubibereich, ist ein wichtiger Ansatz, um das zu erreichen.

Das klingt nach einer sehr sinnvollen Perspektive. Viel Kraft für den gemeinsamen Kampf und vielen Dank für das Gespräch!

Alle Jahre wieder... - Frauen-, Queer- und Jugendunterdrückung in der Familie

Von Lia Malinovski

Weihnachten ist eine besinnliche Zeit, in der wir mit unseren Familien zusammenkommen, in uns kehren und an unsere Mitmenschen denken. So zumindest ist das Bild, das überall verbreitet wird und den meisten von uns bei dem Wort in den Kopf kommt. Der Geruch von Kerzen, Tannen, eventuell Keksen – Naja und Streit, nervige Fragen und vor allem eines: Allerhand Unterdrückung und Diskriminierung gebündelt über mehrere Tage. Denn in der bürgerlichen Familie gibt es auch ansonsten Probleme, aber da diese Zeit mit so vielen Traditionen, Erwartungen und damit Zwängen gefüllt ist, häufen sie sich und werden besonders klar. Wir treffen in dieser Zeit sicherlich alle auf Familienmitglieder, mit denen wir normalerweise niemals was zu tun hätten, gleichzeitig verwehrt uns der Zwang zum Heile-Welt-Gehabe, dass wir damit ehrlich umgehen. Wozu das so führt?

Unter dem Puderzucker

Die meisten weiblichen Personen kennen vermutlich Fragen wie "Na, hast du jetzt endlich mal nen Freund?", "Wann heiratet ihr endlich mal?" oder Kommentare über das Aussehen. Für LGBTIA+ ist es nicht gerade besser, wenn mal wieder eine völlig cis- und heteronormative Welt vorausgesetzt, indem man nach heterosexuellen Beziehungen gefragt wird, ohne überhaupt in Erwägung zu ziehen, ob es nicht eventuell auch andere Formen gibt. Für trans* Personen bedeutet Weihnachten misgendern (falsche Pronomen benutzen oder mit dem falschen Geschlecht angesprochen werden), gedeadnamed werden (den falschen, "alten" Namen benutzen) oder sich zu verstecken und als das biologische Geschlecht zu verkleiden, um Stress oder Kommentare zu vermeiden.

Auch gibt eine Art Hierarchie in den Beziehungsarten: Es ist "normal", oder gehört sogar zum "guten Ton", wenn man seine romantische Beziehungsperson mitbringt, würde das aber bei Freund_Innen passieren, wären alle schockiert oder zumindest verwirrt. Romantische Beziehungen werden fast in allen Bereichen über andere Beziehungen gestellt, aber an Weihnachten ist es nochmal ein anderes Level. Vielleicht wollen wir aber auch mal mit unseren Leuten chillen in der Zeit? Das kann für uns Jugendliche die einzige Entlastung von den gesellschaftlichen Zwängen sein. Insgesamt sind wir gezwungen, bei allem mitzumachen, was von der Familie verlangt wird, überallhin mitzugehen, und so weiter. Man will nun mal

keinen Stress anfangen und wegen finanzieller Abhängigkeit und dem gesellschaftlichen Bild der Familie ist eine Distanzierung von der Familie oft auch nicht möglich.

All das, was uns im Alltag oft genug begegnet, kommt von allen Seiten an Weihnachten besonders klar und dicht zum Vorschein. Normalerweise hat man aber zumindest den Vorteil, sich innerlich und äußerlich dagegen wehren zu dürfen. Sich dagegen an Weihnachten offen zu wehren, hieße, das "schöne" Bild des Festes einzureißen und die angebliche Heile Welt zu zerstören. Wenn man es doch mal wagt, etwas gegen die Unterdrückung zu sagen und sich zu wehren, wird einem vorgeworfen, alles zu stören. Hätte man doch bloß nichts gesagt, hätte man einfach nur mitgemacht, dann wäre jetzt wenigstens noch ein heiles Bild geblieben.

Aber auch wenn wir uns innerlich dagegen wehren, passt es nicht zum Ideal. Irgendwie fühlt es sich an wie entkoppelt von der "Besinnlichkeit" des Festes und am Ende sitzt man teilnahmslos dabei.

Und jetzt?

In diesem ganzen Ausmaß wird es sicherlich nicht auf alle zutreffen, aber in irgendeiner Form werden sich die allermeisten jedes Jahr in solche Situationen begeben müssen. Mit etwas Glück hat man vielleicht eine entspannte Schwester, den witzigen Cousin oder die aufmerksame Tante, mit denen die Zeit nur noch halb so schlimm ist und die einen bisschen verstehen. Und sind es nicht gerade die eigenen Eltern, auf die man gar keinen Bock hat, könnte mit ihnen ein direktes Gespräch schon dabei helfen, dass die einen auch verstehen, warum man nicht zum Weihnachtsessen mitkommt, wo der AfD-Onkel die eigene Identität in Frage stellt.

Doch letzten Endes soll es ja dennoch nicht so sein. Leider ist es schwer, eine Perspektive aus dieser Spirale der Unterdrückung und des Stresses zu bieten, sind es doch zu viele Baustellen, verknüpft mit viel kollektiver Verdrängung. Vor allem sind wir ja dann doch wieder sehr vereinzelt in der Familie, sodass ein gesellschaftlicher Kampf schwer ist. Wir wollen trotzdem versuchen, eine Perspektive der Veränderung aufzumachen, denn es hängt

eigentlich sehr mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zusammen!

Wir fordern:

- Es muss die Hegemonie der Bürgerlichen Kleinfamilie angegriffen werden – Schluss mit der sexistischen Einteilung in Mann, Frau und 2-3 Kinder! Freiheit der Entfaltung der Geschlechtsidentität, der Sexualität und der Lebensentwürfe!
- Es braucht finanzielle Unabhängigkeit von der Familie! Für ein staatliches Taschengeld in ausreichender Höhe, entsprechend der Inflation und den Bedürfnissen der Jugend, unter der Kontrolle der Jugendlichen und der Arbeiter Innenbewegung!
- Gegen den Zwang, bei religiösen Veranstaltungen mitzumachen! Für die Freiheit, Religion auszuüben, aber nicht zu müssen!

Wovor schützt eigentlich der Jugendschutz?

Von Flo Schwerdtfeger

Das fragt man sich nachts, wenn man beim Fernsehen gekonnt die Warnung "Dieser Film ist für Zuschauer_Innen unter 16 Jahren nicht geeignet" ignoriert oder sich im Internet einen Geburtstag in den 70ern erfindet.

Zumindest was die indirekte Kontrolle des Jugendschutzes angeht, sind die Jugendlichen meist schlauer als der Mechanismus, der sie schützen soll. Schwieriger wird es da, Schnaps zu kaufen mit dem extra unrasierten Gesicht, um älter zu wirken. Natürlich sofern die Person an der Kasse keine Brille trägt. All das regelt in Deutschland der

Jugendschutz: die Abgabe von Alkohol und Tabak, der Zugang zu Filmen, Spielen oder Gaststätten. Doch jede/r, der/die schonmal jugendlich war, weiß, dass man bei Bedarf trotzdem an alles rankommt. Warum sollten wir dennoch darüber reden und wie kann er sinnvoller gestaltet werden?

Denn an sich kann man erstmal die Intention des Jugendschutzes nachvollziehen. Es gibt einige Bereiche, in denen es einen ziemlich eindeutigen Zusammenhang zwischen Alter und Schädlichkeit gibt. Beispiele sind da Tabak und Alkohol, bei denen es direkt an die biologische Entwicklung des Menschen gekoppelt ist. Man soll eben seinen Körper während der Entwicklung nicht kaputt machen. Darauf erst einmal einen guten Schluck Cola!

Im Gegensatz dazu stehen Filme und

Videospiele. Diese schaden weniger der Körperentwicklung, können sich dafür aber auf die Psyche auswirken. Egal ob die Betroffenen nicht mehr einschlafen können oder es einfach ohne Probleme an ihnen vorbeigeht – es macht erstmal Sinn, nicht die derbsten Splatter-Filme mit 11 anzuschauen.

Wo hakt's am momentanen Jugendschutz?

Eines der größten Probleme ist, dass er holzschnittartig funktioniert: Er richtet sich nicht an den/die Konsument_In als Individuum. Das ist bei Filmen und Spielen schwer zu verstehen. Es gelten ja die gewöhnlichen Abstufungen von 0, 6, 12, 16 und 18 Jahren. Besonders aber mit der eigenen Entwicklung kann man selbst besser einschätzen, was man konsumieren möchte, ohne davon verstört zu werden. Wer kennt nicht den Versuch, die Eltern zu überreden, diesen einen Film oder das eine Game zu kaufen, obwohl man noch gar nicht alt genug ist. Im Zweifelsfall macht man es dann halt einfach geheim. Doch Verbote verhindern es zusätzlich, sich beispielsweise mit den Eltern darüber zu unterhalten, weil man damit zugeben würde, etwas Verbotenes getan zu haben. Falls es einen doch

überfordert, hat man also keinen Support und zur Verstörung gesellen sich noch Scham, Angst und Entfremdung.

Interessanterweise hat der Kapitalismus

bei anderen Sachen gar nicht so ein großes Problem, Jugendliche zu schädigen. Wenn es zum Beispiels um's Arbeitsrecht geht, gibt es tatsächlich zu wenig Jugendschutz: Schutz nämlich vor Ausbeutung, wenn man in Ausbildung, Praktikum, FSJ und generell unter 18 keinen Mindestlohn bekommt und für den arschigen Chef die Drecksarbeit machen muss. Das kann einem mehr zu schaffen machen als der krankeste Shooter. Und ironischerweise darf man bei der Bundeswehr schon mit 17 Schießen lernen, bei Call of Duty Schießenspielen gibt's erst ab 18!

Wie könnte man es besser machen?

Jugendschutz scheint einen richtigen

Punkt zu haben. Erstmal sollte das zuständige Gremium verändert werden. Es besteht derzeit aus Vertreter_Innen von Kunst, Kultur und Medien, aber auch mehreren Religionsvertreter Innen.

Unterrepräsentiert sind dabei Jugendliche selbst, die nur indirekt über die Kategorien der öffentlichen oder freien Jugendhilfe dabei sind. Wenn man aber über Jugendschutz bestimmen möchte, dann nur mit Jugendlichen gemeinsam. Alles andere endet nur in den weltfremden und konservativen Regeln, die wir jetzt haben.

Nur weil ein Alter

draufsteht, heißt es nicht, dass es für alle darunter total schlimm ist und für alle darüber total unproblematisch. Und ohnehin nehmen die meisten Jugendliche das höchstens als gutgemeinten Rat.

Dementsprechend müssten die festen Altersgrenzen abgeschafft werden oder zumindest stark zurückgeschnitten werden. Beim Rest bräuchte es Eigenverantwortung und die Befähigung dazu. Das bedeutet auch, zu wissen, worauf man sich einlässt, also primär Aufklärung fernab der Dämonisierung. Es kann aber auch heißen, das Konzept der "Trigger-Warnung" massiv auszuweiten, welches vor dem Zugriff auf ein Medium spezifische Aspekte mit Zeitstempel benennt, die

potenziell (re-)traumatisierend sein könnten. Je nachdem, ob man sich der Sache gewachsen fühlt, kann man sich dann selbst entscheiden.

Ob mit oder ohne Verbote kann es

passieren, dass man sich etwas gibt, was man nicht erträgt oder einordnen kann. Sich Support zu suchen oder Support anzubieten, ist da die eigentliche Lösung, anstatt zu tabuisieren. Wenn man als Erwachsener für Kinder und Jugendliche verantwortlich ist, sollte man sowohl bezüglich deren psychischer Verfassung als auch der konsumierten Medien achtsam und offen bleiben und beim Finden von Grenzen beistehen.

Der Jugendschutz sollte vollkommen neu gedacht und gemacht werden. Er setzt bislang vor allem auf Bevormundung und Verbote, statt auf Eigenverantwortung der Konsument Innen. Das soll ein Ende haben!

Handlungsvorschlag: Antikapitalistische und revolutionäre Politik an der Schule

Inhalt

- Kleines 1×1 der Aktionsformen
- An der Schule organisieren!
- Unterschiedliche Formen der Schulgruppe

Raus aus den Hinterzimmern!

Wenn wir uns tagtäglich in der Schule aufhalten, begegnet uns viel Abfall: Sexismus, Rassismus, Homophobie und auch sonst alles, was es an Unterdrückungsmechanismen gibt. Eigentlich logisch, denn unsere Schulen sind nicht losgelöst vom Rest dieser Gesellschaft. Könnte man jetzt meinen: eh alles Scheiße, bringt doch nix. Aber ganz so ist es auch nicht. Denn wo Unrecht geschieht, gibt es immer Menschen, die das wahrnehmen und dagegen aufbegehren. Speziell unter uns Jugendlichen, denn uns eint eine gemeinsame Unterdrückungserfahrung die wir alle kennen (siehe: Jugendunterdrückung, Ergebnis der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit). Unser Wille aufzustehen, zu rebellieren ist groß. Weil es unsere Zukunft ist, die verspielt wird, und wir der Gesellschaft eben noch keine 50 Jahre ausgesetzt waren und sie als unausweichlich anerkennen. Aber nur wenige kommen von der Wahrnehmung zum Handeln gegen Unterdrückung. Ein Grund dafür ist die hauptsächliche Aufgabe der Schule: zu treuen Untertanen des Kapitalismus zu erziehen (siehe: Was ist Bildung?). Ein anderer ist einfacher: die Meisten von uns haben kaum Möglichkeiten, mit fortschrittlichen und solidarischen Lösungsansätzen in Kontakt zu kommen. Revolutionäre Politik findet oft nur in Hinterzimmern von Kneipen, Demos oder szeneinternen Veranstaltungen statt. Das ist ein Problem, denn Bewusstsein bildet sich schließlich nicht von alleine, sondern in der Diskussion und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen und der Debatte über die eigene Praxis. Dieses Problem wollen wir angehen! Wir können uns in unseren Schulen organisieren und so linke und revolutionäre Politik dort bekannt machen, wo wir alle täglich gezwungen werden uns aufzuhalten. Wir können anfangen zu kämpfen und beweisen, dass wir gewinnen können. Basierend auf unseren Erfahrungen soll es diesem Teil darum gehen, wie das praktisch funktionieren kann.

Kleines 1×1 der Aktionsformen

Es gibt viele Möglichkeiten, unsere Mitschüler:innen für solidarische, linke und revolutionäre Positionen zu gewinnen. Ein paar wollen wir euch hier vorstellen. Manche sind einfacher zu organisieren als andere. Manche können bereits von einer kleinen Gruppe umgesetzt werden. Für andere braucht es eine größere Unterstützung der Mitschüler:innen, die oft nur durch längere Arbeit vor Ort vorbereitet werden kann. Für manche kann es Ärger geben für andere nicht. Alle wurden schon mal ausprobiert und für gut befunden, aber nicht alle sind zu jeder Zeit sinnvoll. Ein Gefühl dafür kann man sich über die eigene Praxis erwerben. Über den Mut, Dinge auszuprobieren und sie (selbst-)kritisch auszuwerten. Oft macht es Sinn, unterschiedliche Aktionsformen zu kombinieren, um euer Anliegen umzusetzen und die Gruppe zu vergrößern. Prinzipiell gilt: Aktionen schaffen Aufmerksamkeit, aber Inhalte Überzeugungen. Also lohnt es sich für eine Kampagne sowohl inhaltliche als auch aktivistische Aktionsformen zu kombinieren.

Flyer, Flugblatt, linke Schüler:innenzeitung: Ein einfacher, aber sehr effektiver Weg, Anderen eure Ideen mitzuteilen ist es sie einfach mal aufzuschreiben und vor dem Unterrichtsbeginn zu verteilen. Das kann von einem kleinen Zettel bis zu einer mehrseitigen Zeitung reichen. Damit die Anderen aber nicht nur lesen und denken, sondern auch zum Handeln gebraucht werden, empfiehlt es sich auch immer zu einer gemeinsamen Aktion einzuladen. Gleichzeitig sind Texte ein kollektives Produkt der Gruppe. Die Diskussion darüber ermöglicht, strukturiert über politische Inhalte zu diskutieren.

Social Media: Mit Instagram, Facebook, Twitter und Co. kann mit relativ wenig Aufwand eine große Reichweite erzielt werden. Es kann also ein guter Verstärker für eure Politik vor Ort sein, wenn ihr Berichte von Aktionen, Texte, Einladungen zu Gruppentreffen oder Demos teilt. Wenn ihr Bilder von Personen postet, achtet darauf, dass diese damit einverstanden sind und ggf. die möglichen Konsequenzen kennen.

Transparente Aufhängen: Ihr braucht ein bisschen Aufmerksamkeit für

eure Aktion? Schnappt euch ein Stück Stoff und Pinsel, findet jemanden, der gut Klettern kann und hängt es so an eure Schule, dass es nicht mehr einfach zu erreichen ist. Solange alle Beteiligten die Fresse halten und ihr es nicht mit dem Gruppennahmen unterschreibt, kann euch auch niemand nachweisen, dass ihr das wart.

Sprühkreide: Auch gut für Aufmerksamkeit. Es gilt: Sprühkreide ist abwaschbar und (normalerweise) nicht strafbar, Lack schon. Eure Entscheidung, aber überlegt gut, ob unter Umständen mehr Leute eine beschmierte Schule scheiße statt cool finden. Wenn ihr niemanden habt, der gut malen kann, empfehlen sich Stencils. Sonst gilt auch: Fresse halten und nicht unterschreiben.

Wahlen zum Schüler:innenparlament oder zur/zum Schulsprecher:in:

Auch wenn wir die Schüler:innenparlamente kritisch beurteilen (siehe: Die Schüler:innenvertretung: Mittel zur Selbstbestimmung?), bringen die Wahlen dazu auf jeden Fall eins: Die Möglichkeit viele (oder alle) in eurer Schule mit euren Positionen zuzuballern (egal ob ihr gewinnt oder nicht). Außerdem bringt sie noch was: Am Ende des Tages müssen sich alle entscheiden, was sie unterstützen: links oder rechts. Und noch ein Tipp: macht konkrete Vorschläge anstatt euch hinter Phrasen zu verstecken: Was ist jetzt möglich? Was is drinne, wenn wir uns organisieren? Wie sieht unsere Utopie aus?

Vollversammlungen: In den meisten Schulgesetzen (das ist in jedem Bundesland unterschiedlich. Lohnt sich immer es zu kennen) gibt es das Recht auf mehrere Schüler:innenvollversammlungen pro Jahr, die als verpflichtende Veranstaltungen für alle Schüler an Stelle des regulären Unterrichts stattfinden. Inhalte der Versammlung werden allein durch die Schüler:innen festgelegt, also meist durch das Schüler:innenparlament oder Schulsprecher:innen. Das ist ein super Mittel, um fast alle Mitschüler:innen zu erreichen. Meistens freuen sich sogar die Unpolitischen, weil dann der Unterricht ausfällt.

Offenes Gruppentreffen: Um neue Leute in die Aktivitäten einzubinden und für eure Ideen zu gewinnen, ist es gut, immer wieder zu offenen Treffen einzuladen. Neben Diskussionen können hier auch Aktionen und Kampagnen

gemeinsam vorbereitet werden. Wenn ihr eine:n Lehrer:in, Sozialarbeiter:in oder FSJ-Menschen kennt, der euch unterstützt, ist es gut, das nach dem Unterricht in der Schule zu veranstalten. Wenn nicht, fragt doch mal im nächsten Jugendclub, in der Cafeteria oder den nächsten Imbiss/Café.

Workshops, Veranstaltungen, Filmabende: Um ein bisschen tiefer in die Diskussion zu gehen, kann es sinnvoll sein inhaltliche Hofpausen oder Abende anzubieten. Holt euch einen öffentlichen Raum, spielt einen politischen Film und diskutiert hinterher drüber. Wenn ihr euch das zutraut, macht einfach selber einen Workshop oder ladet linke Aktivist:innen, deren Politik ihr feiert zu euch ein.

Konzerte, Tresen, Kultur: Angeblich zu jung zum Feiern und/oder keine Kohle, um die teuren Preise zu bezahlen? Wir alle kennen das. Also warum nicht selber machen und ein Gegenangebot schaffen? Auch Feiern ist politisch. Fragt euch doch in der Vorbereitung, wie es gelingen kann einen Raum zu schaffen, in dem sich alle wohlfühlen: unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht und Geld in der Tasche. Wie kann konsumiert werden ohne Verbote, Gruppenzwang und Missbrauch? Wie schaffen wir es, dass sich nicht nur über die neuen Sneakers, sondern auch über Politik geredet wird?

Freiräume: An den meisten Schulen gibt es keinen Raum, den wir selbstbestimmt nutzen und gestalten können. Wenn wir einen Raum für uns durchsetzen können, kann das ein erster Schritt sein, um aus der kapitalistischen Schule unsere Schule zu machen. Die Nutzung kann so vielfältig seien wie wir es sind: ein Raum zum Lernen, Feiern, Politikmachen, Kickern, Kochen in den Pausen... Und über die gemeinsame Verwaltung lernen wir gleich Demokratie von unten. Selbstbestimmt und unabhängig.

Unterschriftenlisten: Klingt langweilig und führt (alleine angewandt) nur selten dazu, dass ihr euer Ziel durchsetzen könnt. Aber die Hemmschwelle, für z. B. einen Schüler:innenraum zu unterschreiben, ist gering. Sollte eure Forderung dann abgelehnt werden, ist hinterher auch allen klar, wie demokratisch die Schule eigentlich wirklich ist. Sollte das passieren ist es dann auch leichter andere von der Notwendigkeit radikaler Kampfformen zu überzeugen. Es ist immer gut, diese auf Papier zu haben, um in Kontakt zu

Anderen zu kommen, parallel dazu kann noch online eine eingerichtet werden.

Kundgebungen: Motivieren und informieren und sind leichter zu machen als gedacht. Besonders gut in Hofpausen. Ihr braucht nur eine Onlineanmeldung bei der Polizei, ein Paar Boxen (mit Akku oder Generator) oder Megaphone, Musik und Reden, ein Transparent und ein paar Flyer. Einschüchtern lassen braucht man sich auch nicht, Versammlungsrecht (Grundgesetz) steht über der Schulplicht (Schulgesetz). Auch hier gibt's meistens bereitwillig Hilfe von der revolutionären Jugendorganisation eures Vertrauens.

Schulboykott und Streik: Zwar nicht so einfach umzusetzen, aber eine der besten Möglichkeiten die ihr habt, um Schüler:innen von euren Ideen zu überzeugen und gemeinsam mit euch zu demonstrieren. Dahinter steckt eine einfache Überlegung: obwohl wir fast nie mitentscheiden dürfen gibt es ohne unsere Anwesenheit keinen Unterricht und keine Schule. Und genau das wollen wir nutzen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Rechtlich gesehen darf keine Unterrichtsstunde stattfinden, wenn weniger als 50% der Schüler:innen anwesend sind. Auch das lässt sich nutzen. Wo wir nicht gehört werden müssen, wir uns unser Recht erzwingen, denn gemeinsam sind wir stark. Das lässt sich auf eine:n einzelne:n Lehrer:in anwenden, auf eine Schule oder ein ganzes Land. Es lässt sich als eintägige Aktion durchführen, sodass ein Warnsignal gesendet wird oder so lange bis wir gewonnen haben.

Blockaden: Funktioniert nach derselben Logik: wo wir nicht gehört werden, setzen wir unser Anliegen massenhaft selber um. Hier kann am Tag des Streiks die Eingangstür zugekettet oder Werbepersonal der Bundeswehr durch eine Masse an Schüler:innen am Betreten der Schule gehindert werden. Wichtig ist, dass ihr viele seid, denn eine Masse ist nur schwer zu bestrafen.

Besetzung: Eine militante Form des Protests. Die Logik: wird uns unsere Freiheit verwehrt dann nehmen wir sie uns gemeinsam. Wenn es gelingt, können wir in der Praxis beweisen, dass wir uns sehr wohl selbst verwalten

können, demokratisch, von unten, gleichberechtigt mit allen beteiligten! Der Rahmen könnte unterschiedlich ausfallen: ein Schüler:innenfreiraum, den Eingangsbereich während des Streiks, um zu informieren, einige Räume, um eigenständig zu lernen und Workshops zu organisieren oder die ganze Schule. Klar sollte aber sein, dass ihr viele Mitstreiter:innen und Unterstützende braucht, um darauf folgende Repressionen abzuwehren. Und die Repression wird in der einen oder anderen Form kommen, denn die Obrigkeiten fürchten nichts mehr als einen Machtbeweis, als eine offene Herausforderung durch die Massen. Eine Revolution ist heruntergebrochen auch nichts anderes als eine (organisierte) massenhafte Besetzung der Fabriken, Banken, Polizeistationen, Schulen usw. durch die Unterdrückten und die Errichtung einer (koordinierten) Selbstverwaltung (wir nennen das Rätedemokratie). Keine Frage: es dauert manchmal eine Weile, bis man hier hinkommt. Aber Schulbesetzungen hat es schon gegeben, Revolutionen auch.

Demonstrationen: Überall in der Gesellschaft wird gekämpft gegen Sexismus, Rassismus, Ausbeutung und Krieg. Nur wenn wir alle gemeinsam handeln können wir die Symptome, aber auch den Kapitalismus besiegen. Deshalb lohnt es, sich an Demonstrationen zu beteiligen und in der Schule dafür zu mobilisieren. Außerdem schafft es Motivation für die teilweise langwierige Arbeit in der Schule. Unterrichtsdiskussion und Vorträge: In manchen Fächern wie Erdkunde, PW oder Geschichte wird viel diskutiert und gleichzeitig viel reaktionäre Propaganda verbreitet. Hier revolutionäre Positionen zu diskutieren bringt viel und kann eure Mitschüler:innen überzeugen. Lasst eurer Lehrkraft oder euren Mitschüler:innen nix durchgehen, denn wer gut argumentiert kann auch nicht bestraft werden. Wenn ihr euch noch unsicher seid, bereitet euch doch einfach zusammen mit eurer Gruppe darauf vor. Kling einfach, ist aber einer der wichtigsten Sachen! Nur wer sich grade macht, gewinnt!

Flashmob: Wer Bock auf kreativen Output hat, sollte mal über diese Aktionsform nachdenken. Ein Flashmob ist im Grunde so etwas wie ein kleines Theaterstück von 5 bis 10 Minuten. Z. B. eine Mauer aus bemalten Kartons bauen mit Fakten über die europäische Außengrenze und dann die Zuschauer:innen animieren diese einzureißen. Funktioniert erstaunlich gut

und kann gut eine andere Aktion bewerben. Einfach mal googeln, wenn ihr eine Anregung braucht.

Video: Um Aufmerksamkeit für Aktionen zu generieren, funktionieren kleine Videos meistens sehr gut. Hierfür lohnt es sich auf jeder Aktion ein paar Videomitschnitte zu machen. Nach einer Weile gibt es dann genug Material, das zusammengeschnitten werden kann. Achtet darauf, dass keine Gesichter von Menschen zu sehen sind, die das nicht wollen.

Legal? Illegal? Scheißegal!

Einige dieser unverbindlichen Vorschläge sind nicht legal und können euch, wenn ihr dabei erwischt werdet, in Schwierigkeiten bringen. Von Schulkonferenzen über Verweise sogar bis hin zu kleinen Geldstrafen können euch Lehrer:innen, Direktor:innen oder die Polizei in eurer politischen Entfaltung unterdrücken. Lasst euch davon nicht kleinkriegen, sondern organisiert eine Öffentlichkeit und fordert Mitschüler:innen, Lehrer:innen, Eltern, aber auch Gewerkschaften wie die GEW (Lehrer:innengewerkschaft) oder Politiker:innen zur Solidarität auf. Eine schlechte Note für die Teilnahme an einem Schulstreik oder die Drohung mit dem Schulverweis, wenn man ein Transpi aufgehängt hat, sollen euch einschüchtern. Sowas zeigt, dass es in der Schule nicht darum geht, dass Schüler:innen lernen sich eigenständig aktiv einzubringen und für ihre Meinung einzustehen -und das gilt es aufzuzeigen. Außerdem sollte ihr niemandem erzählen, wer sich an rechtlich zweifelhaften Aktionen beteiligt hat, um euch und eure Genoss:innen nicht unnötig in Gefahr zu bringen.

An der Schule organisieren!

Die Möglichkeiten, Politik in die Schule zu tragen sind also vielfältig. Nur alleine wird das nix. Wenn wir uns aber zusammenschließen und politische Schulgruppen organisieren, sind unsere Möglichkeiten groß. Wenn wir viele werden und uns vernetzen sogar grenzenlos. Um viele zu werden, müssen wir jedoch anfangen dort neue Leute für unsere Ideen zu gewinnen, wo wir uns täglich aufhalten müssen: in den Schulen. Es gibt unterschiedliche

Formen von Schulgruppen. Unabhängig von der Form gibt es jedoch einige Grundvoraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau politischer Schüler:innengruppen:

Grundlagen politischer Organisation an Schulen

In unserer politischen Arbeit an der Schule müssen wir unser Bewusstsein an der Praxis und Diskussion (weiter-)entwickeln. Dabei bewegen wir uns in Spannungsfeld zwischen systematischer permanenten Jugendunterdrückung und dem Versuch, uns in der Schule zu gehorsamen Untertanen des Kapitalismus zu erziehen. Unsere Gruppe an der Schule dient jedoch dazu, uns gegenseitig und selbst zu prägen und erziehen, sowie praktische Fortschritte zu erkämpfen. Dafür braucht es die freie Diskussion. Soll diese gelingen müssen wir in der Lage sein, Funktionen der Jugendunterdrückung als auch Einflüsse der ideologischen Erziehung innerhalb der Gruppe zu verdrängen. Dazu dienen die drei Grundlagenpunkte, die deshalb als Grundlage jeder Organisierung von links an der Schule betrachtet werden können. Unabhängig von Lehrer:innen, Eltern und Erwachsenen: Alle von uns kennen das Symptom, dass unsere Meinung, weicht sie ab von der Meinung vermeintlicher Autoritäten, auf einmal nix wert sein soll. Mit einer plumpen Argumentation von "Unerfahrenheit" wird sie dann abgetan oder sogar bestraft. Eine freie Diskussion innerhalb der Gruppe ist nicht möglich, wenn wir Angst haben müssen dass unsere geäußerten Gedanken Repression zur Folge haben. Sei es im Elternhaus oder in der Schule. Deshalb ist es sinnvoll, dass unsere Treffen ohne Erwachsene stattfinden. Gezielte Zusammenarbeit mit Eltern oder Lehrern für die Umsetzung gewisser Punkte (wie z. B. ein Schüler:innenraum) schließt sich dadurch natürlich nicht aus.

Finanzielle Unabhängigkeit: Geld ist in dieser Gesellschaft immer ein Druckmittel. Auf Jugendliche wirkt es besonders stark, weil wir finanziell stärker von anderen abhängig sind, also keinen regelmäßigen Lohn oder regelmäßige Zahlungen erhalten. Dabei sind wir immer von der Zahlungsmoral unserer Eltern uns gegenüber oder von schlechten Löhnen,

welche sich oft unterhalb der Grenze des Mindestlohns bewegen, abhängig. Ebenso dienen Geldzuschüsse auf Jugendgruppen als Kontrollmittel. Während die Schule vielleicht noch ein paar Euro für einen Filmabend gegen Sexismus locker macht, wird sie sicher keinen Schulstreik bezahlen. Auch die meisten andern Fördermittel sind an das Akzeptieren der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" gebunden. Also an die Akzeptanz dieser Gesellschaft. Deshalb gilt: über die politischen Inhalte der Gruppe und die Ausgaben, die damit verbunden sind (z. B. für Flyer) entscheiden allein die Gruppenmitglieder. Wir machen keinen Kompromiss am Inhalt für Geld, unsere Meinung ist nicht käuflich!

Unabhängig vom Schülerparlament: Ideologische Erziehung findet im Unterricht statt. Aber auch im Schülerparlament. Grob gesagt werden wir in einem nahezu rechtlosen Miniparlament zu einer Scheindemokratie erzogen. Außerdem befinden sich im Schülerparlament fast immer Sexist:innen, Rassist:innen und andere Reaktionäre. Oder einfach die mit der größten Klappe. Zu versuchen das Parlament zu einer linken Gruppe zu machen, ist wie der Versuch, den Regen von unten nach oben steigen zu lassen. Eine Schulgruppe darf sich davon nicht abhängig machen kann aber ggf. als Fraktion in Schülerparlament auftreten, um gewisse Rechte (z. B. Vollversammlungen) zu nutzen.

Darüber hinaus gibt es einige Methoden, die sich in der Praxis als sinnvoll erwiesen haben, um neue Leute anzusprechen und unsere Kapitalismuskritik anschaulich zu machen:

Offenes Auftreten: Wer neue Leute außerhalb des Freundeskreises erreichen will muss für alle ansprechbar sein. Ohne offene Veranstaltungen und einige bekannte Gesichter wird es sonst schwer für Mitschüler:innen, deren Interesse durch Aktionen geweckt wurde, selbst aktiv zu werden. Wo die Gefährdung durch z. B. Nazis zu hoch ist, lohnt es sich Mischformen zu suchen. Etwa eine linke Organisation, die eure Flyer für euch verteilt, aber eine offene Veranstaltung im Jugendclub.

Sichtbare Probleme im Zusammenhang mit Kapitalismus erklären: Meist erkennt man gesellschaftliche Probleme erst in ihren Auswirkungen, wenn sie einen selbst betreffen. Ein:e Mitschüler:in die schlechte Noten bekommt, weil die Lehrkraft sie nicht leiden kann findet das normalerweise scheiße. Logischerweise kämpfen wir ganz praktisch gegen diese Ungerechtigkeit. Es lohnt sich aber immer den Zusammenhang zum System zu aufzudecken. In dem Beispiel könnte es sein, warum Selektion, Leistungsterror und autoritäre Prinzipien für den Kapitalismus notwendig sind (siehe: Bildung und soziale Ungleichheit). Eine allgemeine Kritik wie: Rassismus, Unterdrückung und Kapitalismus sind scheiße kann natürlich auch mal sein, funktioniert aber meistens schlechter um neuen Leute zum Weiterdenken zu bewegen, da es wenig greifbar bleibt.

Lösungen vorschlagen: Es ist immer ein wichtiger Schritt herauszufinden, wogegen man ist und warum man etwas ablehnt. Die Meisten bleiben aber hier stehen. Daraus erwächst Perspektivlosigkeit und Argumentationen wie "Kapitalismus ist nicht gut aber das einzige, was funktioniert". Um die Leute von da abzuholen ist es wichtig, konkrete Vorschläge zu machen, wie etwas besser laufen könnte. Das lässt sich z. B. in Forderungen gut verpacken. Um eine revolutionäre Position auszuformulieren, klappt es gut sich einem Problem zu widmen, Vorschläge zu seiner Bekämpfung zu machen und diese mit der Systemfrage, also seiner Überwindung im Kontext der Zerschlagung des Kapitalismus zu verbinden. An dem Beispiel von oben könnte ein Ende der Benotung nach Sympathie und Geschlecht kombiniert werden mit dem Vorschlag, dass Schüler:innen das Recht haben sollten ihre Lehrer:innen abzuwählen. In der letzten Stufe könnte vorgeschlagen werden, dass Bildung nicht nur Arbeitskräfte schaffen, sondern tatsächlich zum Vermitteln des Selberdenkens und so der freien Entfaltung dienen sollte. Die Wahrheit ist immer konkret!

Erste Schritte für den Gruppenaufbau

Der schwerste Schritt ist oft der Anfang. Das größte Hemmnis sind oft unsere Furcht vorm Versagen und unser Selbstbewusstsein. Doch eigentlich haben wir nix zu verlieren. Im schlimmsten Fall bleibt es so beschissen wie vorher. Um den Start trotzdem etwas zu erleichtern, wollen wir hier eine Möglichkeit für die ersten Schritte vorstellen. Am Anfang steht immer, sich selbst

Gedanken zu machen und das Umfeld zu beobachten Welche Probleme werden an der Schule wahrgenommen? Welche Themen stoßen bei den Mitschüler:innen auf Interesse? Welche Probleme existieren werden aber kaum wahrgenommen? Parallel dazu kann man schon mal anfangen seinen Freundeskreis und Bekannte anzuhauen und Ihnen die Ideen vorzustellen. Wenn sich gleich viele finden, ist das gut. Aber oft fangen 3-4 Menschen an eine Gruppe aufzubauen. Auf einem ersten Vorbereitungstreffen könnt ihr dann klären, welche Themen ihr ansprechen wollt, einen öffentlichen Raum klären und einen Vorstellungstext schreiben. Damit geht's dann an die Öffentlichkeit. Ob ihr ihn verteilt oder einfach die ganze Schule damit zuklebt, ist eure Entscheidung. Seid kreativ, benutzt alles, was hilfreich ist: Chatgruppen, Internetplattformen... Hiermit wird zu einem ersten offenen Treffen eingeladen. Auf dem ersten Treffen sollte man dann nochmal demokratisch entscheiden, wozu ihr arbeiten wollt. Ihr solltet offen für die Ideen anderer sein, aber auch schon einen Vorschlag haben damit keine Atmosphäre der Ratlosigkeit entsteht. Auf den Treffen, die fortan regelmäßig stattfinden sollten, ist es immer gut, einen Diskussionsteil und einen praktischen Teil zu haben. Auf dem ersten Treffen kann beispielsweise gleich eine Liste mit Themen, über die ihr euch informieren und austauschen wollt, erstellt werden. Außerdem könnt ihr gleich anfangen, eine praktische Aktion vorzubereiten. Das macht nicht nur Spaß, sondern sorgt auch dafür, dass ihr mehr werden könnt. Am besten kombiniert ihr gleich ein paar Aktionsformen. Wichtig ist es keine Angst davor zu haben zu polarisieren. Wer kontroverse Themen anstößt, stößt eine Diskussion an. Nicht alle werden das gut finden, wenn sie dadurch "gezwungen" werden sich zu positionieren. Für euch ist das aber gut, wenn die Mitschüler:innen sich zwischen links und scheiße entscheiden müssen. Das heißt nämlich auch, dass sie sich Gedanken machen und über eure Argumente nachdenken. Ansonsten gilt: dran bleiben, sich nicht demotivieren lassen, wenn mal was nicht klappt. Bringt Geduld mit, die Welt wird schließlich nicht an einem Tag verändert.

Unterschiedliche Formen der

Schulgruppe

Im folgenden Abschnitt wird es darum gehen, welche Formen der Organisierung an der Schule zur Verfügung stehen. Sie lassen sich unterscheiden in zwei Formen der politischen Organisierung und eine Abgrenzung dieser zur Bündnispolitik (Einheitsfront) an der Schule. Sie alle einen die oben ausgeführten Grundsätze. Sie unterscheiden sich vor allem im Bezug auf die politische Klarheit und Homogenität (also dem Programm). Welche Form gewählt wird, ist abhängig vom durchschnittlichen Bewusstsein an der Schule und der beteiligten Aktivist:innen. Für Revolutionär:innen ist es zentral sie zu kennen, die Situation korrekt, und immer wieder neu, einzuschätzen und die Taktik anzuwenden.

Die kommunistische Schulgruppe

Ziel aller revolutionären Kommunist:innen ist der Aufbau kommunistischer Gruppen an der Schule, als Teil der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation. Dies erklärt sich logisch aus unserer Überzeugung, die wir aus der Geschichte, Theorie und Praxis herleiten. Hierbei ist für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus, den Aufbau einer Rätedemokratie und den Sozialismus als Übergang zur komplett befreiten Gesellschaft (dem Kommunismus) eine revolutionäre Organisation notwendig. Die Notwendigkeit einer solchen Organisation erklärt sich aus der erdrückenden Macht des bürgerlichen Staats. Wenn wir diesen besiegen und uns selbst befreien wollen, müssen auch wir organisiert und konsequent auftreten. Eine halbwegs fertige Jugendorganisation (die wir noch nicht sind) hat dabei die Basiseinheiten dort, wo das gesellschaftliche Leben von uns Jugendlichen stattfindet: in den Schulen und Ausbildungsbetrieben. Als Basiseinheiten teilen die kommunistischen Schulgruppen dabei die politischen Überzeugungen (das Programm) mit der Organisation. Sie wirbt und kämpft hier für konsequent revolutionäre Positionen. Gleichzeitig darf die kommunistische Schulgruppe ihren Mitgliedern nicht als Ersatz für die politische Organisation gelten. Sie teilt die gemeinsam koordinierte und in der Organisation geplante Praxis (demokratischer Zentralismus). An dieser Stelle muss jedoch festgestellt werden, dass sich kommunistisches

Bewusstsein nicht aufzwingen lässt. Es erwächst aus der Diskussion, der eigenen praktischen Erfahrung und dem erfolgreichen Kampf der kommunistischen Organisation. Die Differenzen zum vorherrschenden bürgerlichen Bewusstsein sind riesig, aber auch die zum durchschnittlichen linken groß. In Deutschland existiert jedoch keine kommunistische Organisation mit Massenbasis. So können wir unsere Positionen nur sehr begrenzt in der Praxis beweisen. Als Folge dessen ist es oftmals schwer unsere Mitschüler:innen direkt für den Kommunismus zu gewinnen. Selbstverständlich hindert uns das nicht daran es zu versuchen, auch werden wir diese Absicht nie verschweigen. Kommunistische Schulgruppen sind deswegen heutzutage oft noch klein. Oft sind es wenige fortschrittliche Genoss:innen, die innerhalb von linken Schulgruppen oder Aktionskomitees Fraktionen bilden. Sie argumentieren innerhalb dieser geduldig für das revolutionäre Programm. Sie versuchen die Praxis in eine revolutionäre Richtung zu lenken und werten gemachte Fehler geduldig aus. Sie machen ihre Politik jedoch niemals abhängig von diesen Strukturen, da diese meist bürgerlich durchdrungen sind. Da sie unabhängig bleiben, planen Schulgruppen eigenständig Aktionen setzten diese auch um. Aber die Basiseinheiten der revolutionären kommunistischen Jugend haben immer zwei Vorteile: die besten Kämpfer:innen an ihrer Seite und die logischen und konsequentesten Argumente auf ihren Zungen.

Linke Schulgruppe

Aus den genannten Schwierigkeiten unterstützen wir jedoch auch das Entstehen unabhängiger, linker Schüler:innengruppen bedingungslos. Dies trifft insbesondere auf Schulen zu, in denen das durchschnittliche Bewusstsein eher rechts ist, oder zu wenige Genoss:innen vorhanden sind, um eigenständig handlungsfähig zu sein. Jede linke Schulgruppe ist hierbei ein Schritt nach vorne, insbesondere in Zeiten des Rechtsrucks. Wir respektieren das Bedürfnis nach Unabhängigkeit als logische Konsequenz der Jugendunterdrückung. Eine linke Schulgruppe zeichnet sich hierbei durch ein gemeinsames Verständnis aus (z. B. gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie und Ausbeutung). Wenn man so will eine Art Programm in roher Form. Zusätzlich gibt es auch hier eine gewisse organisatorische

Verbindlichkeit, z. B. Mitgliedsbeiträge oder gemeinsames Verteilen der erstellten Flyer. Besonders wichtig ist es hierbei das richtige Verhältnis von Diskussion und Aktion zu entwickeln. An der eigenen Praxi lässt sich dabei Theorien am besten diskutieren, da sie so anschaulich und überprüfbar wird. Weder reine Theoriezirkel noch ausschließlich aktionistische Gruppen führen zu einem erfolgreichen Aufbau. Wir, als Jugendorganisation, finden es wichtig, dass sich Jugendliche anpolitisieren und selbst aktiv werden, sind aber der Meinung, dass es aber nicht bei linken Schüler:innengruppen bleiben kann, wenn wir die Gesellschaft nachhaltig verändern wollen. Dazu braucht es -wie schon erwähnt- eine organisierte Kraft, die ein Programm hat und dafür argumentieren wir in den linken Schulgruppen.

Die Formen der politischen Organisation unterscheiden sich von der Bündnispolitik, die wir hier nur kurz anreißen werden. Bündnisse sind von der politischen Meinung wesentlich breiter aufgestellt. Der Vorteil in der macht sie jedoch auch kurzlebiger Meinungsverschiedenheiten schneller zerbrechen. In der momentanen Praxis sind vor allem Aktionsbündnisse relevant. Also kurzfristige Allianzen für die Durchsetzung eines Zieles. Beispielsweise die Gegenmobilisierung zu einer Rassist:innendemo, die an der Schule vorbeiführt, Schulstreiks zur Erkämpfung eines Schüler:innenraums etc. Politische Gruppen sollten stets darauf achten, dass sie ihre eigene (weiterreichende) Position nicht zugunsten der größeren Masse zu verschweigen. Also die Unabhängigkeit in Idee und Praxis nicht aufgeben, sich nicht vom Druck der bürgerlichen Ideologien brechen lassen. Sie können von bereits existierenden Schulgruppen organisiert werden. In manchen Fällen, z. B. bei in einer besonders reaktionären Schule, sind sie jedoch auch ein Mittel für einzelne Antikapitalist:innen, eine erste Bewegung unter den Mitschüler:innen zu schaffen. Das Ziel ist hierbei, neben der Durchführung der gemeinsamen Aktion, andere durch die gemeinsame Praxis für revolutionäre Gedanken zu gewinnen. Bei großer Stärke ist es möglich eine andere Form des Bündnisses ins Leben zu rufen. Einen sogenannten Schüler:innenrat. Dieser ist langfristiger angelegt und wird als revolutionär demokratischer Gegenentwurf zum Schüler:innenparlament positioniert. Alle Schüler:innen (außer aktive Rassist:innen, Sexist:innen, Nazis ...) sind hier stimmberechtigt und Funktionen (wie Sprecher:innen) jederzeit wähl- und abwählbar. Praktische Relevanz fand er in letzter Zeit vor allem bei der Verwaltung von Schülerräumen und Besetzungen.

FAQ

Wie soll ich das bezahlen? Das Einfachste ist es, Mitgliedsbeiträge zu nehmen und sich eine Aktion zur Finanzierung einfallen zu lassen. Z. B. Getränkeverkauf auf dem eigenen Filmabend, Grillen oder eine Party organisieren. Wenn ihr Finanzanträge stellen wollt, lohnt es sich rauszufinden welche Studierendenvertretungen (AStA) links sind und dort mal nachzufragen. Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine monatliche Ausschüttung für Projekte und manchmal gibt's auch bei den Gewerkschaften was zu holen. Seid vorsichtig bei allem, wo ihr die "freiheitlich demokratische Grundordnung" unterschreiben müsst. Das ist schonmal nach hinten losgegangen. Achtet immer auf eure finanzielle Unabhängigkeit.

Was ist, wenn es Stress mit der Schulleitung gibt?

Die erste Regel ist: wenn ihr viele seit können sie euch nix. Die zweite: lest das Schulgesetz! Oft verstoßen Schulleitungen dagegen. Wenn es (was selten vorkommt) wirklich Ärger geben sollte, schafft Öffentlichkeit! Bei der Abwehr von Repression unterstützen wir jedes linke Projekt bedingungslos.

Was ist wenn es Ärger mit der Polizei gibt?

Falls ihr bei irgendwas festgenommen werdet unbedingt die Aussage verweigern! Ihr müsst nur das angeben, was auf eurem Ausweis steht und dass ihr Schüler:in seid, egal was sie euch erzählen. Danach nehmt ihr Kontakt zur Roten Hilfe e. V. auf! Hier gibt's rechtliche und finanzielle Unterstützung. Wir können euch auch nur das Material der Roten Hilfe empfehlen wie z. B. die Broschüre "Was tun wenn's brennt?"

Ist es erlaubt, meine Schule zu bestreiken oder Kundgebungen während der Schulzeit zu machen?

Rechtlich ist das ein Graubereich. Theoretisch steht die Versammlungsfreiheit (Grundgesetz) über der Schulplicht (Schulgesetz). Durchgeklagt hat das aber noch niemand. Legitim ist es aber allemal.

Wie melde ich Kundgebungen und Demonstrationen an?

Einfach online bei der Polizei. Kundgebungen und Demonstrationen müssen in der Regel 48 Stunden vor ihrem Start angemeldet werden von einer Person über 18. Meldet sie an, bevor (!) ihr Flyer dafür verteilt. Es existiert ein polizeiliches Register, wo alle Anmelder:innen gespeichert werden. Seit euch dessen bewusst und ändert diesen nicht zu oft.

Was ist ein V.I.S.D.P.

Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes" muss klein auf alles rauf was ihr öffentlich verteilt. Es soll schon öfter mal vorgekommen sein, dass die angegebenen Namen und Adressen gar nicht existieren. Ist bis jetzt noch nie jemandem aufgefallen ...

Wo kann ich drucken?

Auch hier lohnt es sich manchmal linke Studierendenvertretungen zu fragen. Sonst versucht Zugriff auf den Schulkopierer zu bekommen. Manchmal muss man auch in den Kopierladen rennen, das ist allerdings recht teuer. Die billigste Onlinedruckerei (für Hochglanz) ist Flyeralarm. Die ist allerdings so billig, weil sie beschissene Arbeitsbedingungen hat.

Wie mache ich ein Layout?

Es muss nicht immer Photoshop sein: Auch Plakate und Flyer, die man mit

der Hand malt und dann kopiert, können Menschen erreichen. Ansonsten kann man auch sehr leicht mit Microsoft Word kleine Flyer erstellen einfach erstellen oder kostenlose Programme wie GIMP, Inkscape oder Skribus. Fürs "Professionelle" gibt's InDesign von Adobe, was vielleicht in euer Schule zur Verfügung steht.

Jugendkämpfe International. Warum braucht es eine neue Jugendinternationale?

Aktuelle Krisenperiode

Die Corona-Pandemie verschärft die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden. Gleichzeitig schafft die Politik der Herrschenden das Potential für den Widerstand der Jugend. Viele Länder nutzen die Situation momentan aus, um unbeliebte Gesetze durchzubringen und ihren Ausbau zu einem undemokratischen System weiter fortzusetzen. Das reicht von autoritären Maßnahmen, die in fast jedem EU-Land zum "Bekämpfen der Coronakrise" umgesetzt werden bis hin zu Ländern wie Polen und Ungarn, die die besondere Zeit nutzen um frauenfeindliche Gesetzgebungen durchzuwinken (Polen) oder sogar Notstandsmaßnahmen verordnen, die de facto die Alleinregierung einer Partei ermöglichen würden (Ungarn).

Wie betrifft die aktuelle Situation die Jugend?

Jugendliche werden heutzutage ohne wirkliche Perspektiven auf einen sicheren Job, oder ein gutes Leben groß. Sie bekommen die Auswirkungen der letzten Krisen oft stärker zu spüren als ihre Eltern, neoliberale Sparpolitik und anhaltende Ausbeutung der halbkolonialen Länder ruinieren bis heute ihre Zukunft.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat

sich seit der Krise 2008 noch nicht wirklich erholt. Nach Zahlen der International Labour Organization (ILO, Stand 2019) gibt es 1.3 Milliarden Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Davon sind 41% Teil des Arbeitskräftepotenzials (labour force), von denen 429 Millionen arbeiten und 68 Millionen arbeitslos sind. 30% derjenigen die arbeiten leben in extremer oder moderater Armut und 77% arbeiten unter prekären Umständen. Die momentane Krise verschärft diesen Trend immens. In der ersten Welle ist in Deutschland zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit von 190.000 innerhalb eines Jahres aufgrund der Corona-Krise auf 275.000 gestiegen, geschätzte 40% der Studierenden haben ihre Jobs verloren. Während der ersten Welle ist in Osterreich die Jugendarbeitslosigkeit um 110 Prozent und die Anzahl der Lehrstellensuchenden um 55% gestiegen. Jugendliche sind die ersten, die ihre Jobs verlieren (Schließlich sind sie meistens noch nicht so lange dabei und haben selten eine starke gewerkschaftliche Vertretung), auf der anderen Seite sind auch viele noch in Ausbildung, was den Versuch in der Wirtschaftskrise erstmals einen Job zu finden, stark erschwert. Wie sich diese Entwicklungen in der jetzigen zweiten Welle gestalten werden, kann an dieser Stelle nur mit düsterer Vorahnung vermutet werden.

In den USA machten Jugendliche

zwischen Februar und April ein Drittel der Arbeitslosen aus, obwohl sie nur ein Viertel des Arbeitskräftepotenzials ausmachen. Zwar scheinen sich die Zahlen in den USA wieder etwas normalisiert zu haben, nachdem sie anfangs sehr krass anstiegen, ein Grund dafür ist aber sicher auch, dass viele Jugendlichen aus der Gruppe der Arbeitssuchenden herausfielen. Im Juni waren 28% der 16-24 jährigen weder in Ausbildung noch in einem Arbeitsverhältnis. Im Juli wohnten

mehr als 50% der 18-29 jährigen (wieder) bei ihren Eltern. Auch wenn Arbeitslosenzahlen stark fluktuieren können, ist klar, dass ein Land, in dem sich Jugendliche enorm verschulden müssen, um eine Ausbildung zu erlangen, keine gute Perspektive für junge Menschen liefert.

Es gibt Prognosen, die bis 2021

90.1 Millionen(!) Arbeitslose in Ostasien erwarten, was zum Großteil auf die ärmeren Regionen und Länder verteilt sein wird, für die auch die durch die Corona Krise bedingten Einschränkungen der Migration Jobverlust bedeutet. Die Situation halbkolonialer bzw. kolonialer Länder, die auch davor extrem angespannt war, was Jugendarbeitslosigkeit angeht, wird sich noch drastischer zuspitzen, speziell in Ländern in denen die Aus- bzw. Nachwirkungen der Apartheid noch klar spürbar sind. Im Gazastreifen lag die Jugendarbeitslosigkeit vor der Krise bereits bei ungefähr 60%, in Lesotho bei 33%.

Aber die schlechten Job- und

Ausbildungsmöglichkeiten sind für Viele nur die Spitze des Eisbergs. Fast die Hälfte aller Menschen, die sich momentan auf der Flucht befinden sind Minderjährige. Sie müssen vor dem sicheren Tod fliehen, nur um an den Außengrenzen Europas unmenschlichen Hygienebedingungen, Hunger und (oftmals sexualisierter) Gewalt ausgesetzt zu sein.

Für

die Unabhängigkeit der Jugend!

Die Jugend hat oft eine spezielle

Rolle in politisch-fortschrittlichen Kämpfen. Sie ist nicht desillusioniert von vergangenen Kämpfen, hat mehr Zeit und Energie, um die Situation selbst in die Hand zu nehmen und zu ändern und bekommt viel der tagtäglichen Ungerechtigkeiten am eigenen Leib zu spüren. Zwar sind Jugendliche keine einheitliche Klasse, sondern oft vielmehr geprägt von den Klassenverhältnissen ihrer Eltern, es ist

aber ein enormer Vorteil sie für die Anliegen und Interessen der Arbeitenden Klasse zu gewinnen, schließlich ist ein relevanter Teil von ihnen das zukünftige revolutionäre Subjekt und lernt schließlich auch am Besten aus den eigenen Fehlern. Es ist notwendig sie schon früh für revolutionäre Politik zu gewinnen. Genau deswegen ist die gesonderte Organisierung der Jugend zentral. Es macht oft keinen Sinn, sie in dieselben Strukturen einzubinden, die von älteren Generationen dominiert werden und Jugendlichen (wie auch in der Schule und Zuhause) nicht dieselben Möglichkeiten bieten politisch zu wachsen. Politische, organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit der revolutionären Jugendorganisation sind wichtig, um einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter*innen und der Jugend gegen das Kapital zu organisieren. Wir wollen über den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation den Schulterschluss mit den Arbeiter*innen aller Länder suchen und im Endeffekt dabei helfen eine revolutionäre Weltpartei der Arbeitenden und der Jugend aufzubauen.

In welchen Kämpfen war die Jugend im letzten Jahr involviert?

Wir haben als wohl wichtigste

Anknüpfungspunkte die Kämpfe gegen politische Regime und Regierungen. Das sind auf keinen Fall Bewegungen, die ausschließlich von Jugendlichen getragen werden, aber viele starten auf den Schultern von jugendlichen Menschen. In Chile fing die Bewegung, die sich gegen Pineras neoliberale Politik stellte, mit den Protesten von jungen Menschen gegen die Erhöhung der Ticketpreise an. In der Bewegung spielen bis heute die studentischen Vereinigungen und Organisationen eine maßgebliche Rolle in der Organisierung. Die Proteste in Hong-Kong, die zwar nicht über demokratische Forderungen hinauskamen, aber dennoch eine Reihe von sich radikalisierenden Elementen eine Stimme gaben, werden durchwegs als eine sehr junge Bewegung beschrieben.

Genauso ist das erneute mächtige

Aufflammen der Black-Lives-Matter Bewegung eine wichtige Entwicklung für die kommenden Kämpfe der Jugend. Eine starke, antirassistische Perspektive, die sich mit fundamentaler Kritik an Organen der Klassenunterdrückung entlädt, so wie es angefangen mit den USA in vielen Ländern passierte, ist eine wichtige Entwicklung für den Klassenkampf. Auch in Nigeria gab es in letzter Zeit Massenproteste gegen die Polizei, insbesondere ihre SARS Spezialeinheit, die besonders stark von Jugendlichen getragen wurde.

Auch in Bewegungen, die etwas

weniger starke Resonanz erzeugte, erkämpft sich die Jugend einen Platz. Es ist keine Überraschung, dass "linke" Sozialdemokrat*innen wie Jeremy Corbyn in Großbritannien oder Bernie Sanders in den USA (wobei Letzterer noch einmal

moderater ist als der Erste) eine große Befürwortung innerhalb der Jugend genossen und für viele junge Menschen auch der Auslöser zur Organisierung untereinander waren. Die Niederlage und der Verrat (wie in der Sozialdemokratie nicht unüblich) dieser beiden Männer, wenn auch für viele sehr enttäuschend, kann nicht darüber wegtäuschen, das Jugendliche bereit für sozialistischen Alternativen sind und auch bereit sind für sie zu kämpfen.

Als die größte internationale

Jugendbewegung unserer Zeit wollen wir uns auch mit der Umweltbewegung Fridays for Future (im Folgenden FFF) beschäftigen. Da Jugendliche von den zunehmenden Auswirkungen der Umweltzerstörung des Kapitalismus besonders betroffen sein werden, verlangen sie berechtigterweise die Umweltpolitik mitbestimmen zu können. Den Weg der Lösung der Umweltfrage sah FFF vor allem darin die Regierungen zu bitten die Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Dies ist problematisch, da das Pariser Abkommen in Bezug auf die Reduktion der Treibhausgasemission und auf das Thema der Umweltverschmutzung unzureichend ist. FFF versteht zudem nicht, dass die Regierungen auf der Seite der kapitalistischen Unternehmen stehen, die aus der

Zerstörung der Umwelt Profit schöpfen. Wir Lohnarbeiter_Innen haben dagegen ein uneingeschränktes Interesse die Erde für uns auf Dauer bewohnbar zu machen. Die Umweltfrage ist also eine Klassenfrage, was FFF jedoch leugnet und stattdessen eine kleinbürgerliche Politik vertritt. Internationale Schulstreiks konnte die Regierungen zudem nicht zur Änderung ihrer Politik zwingen. Die Politik der Bewegung ist damit faktisch gescheitert. Es wäre notwendig die Bewegng politisch und praktisch zu radikalisieren und die Streiks auf die gesamte Arbeiter_Innenklasse auszuweiten. So können die

Regierungen und das Kapital dort getroffen werden, wo es wirklich weh tut: Beim Profit. Zudem ist eine umweltfreundliche Reorganisierung der Wirtschaft und Gesellschaft nur mit der Macht der Beschäftigten aus den jeweiligen Branchen denkbar. Nur dadurch kann der Umweltbewegung wieder neues Leben eingehaucht und das gewaltige Engagement der Jugend in politische Siege verwandelt werden.

Was brauchen wir deswegen?

Dass Kämpfe, die international geführt werden auch leichter gewonnen werden liegt auf der Hand. Doch unser Internationalismus ist nicht nur in der Kraft der internationalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten begründet. Für uns ist es auch eine zentrale Einsicht, dass in einem kapitalistischen Weltsystem keine Bewegung dauerhaft isolierte Erfolge erzielen kann, wenn es ihr nicht gelingt Verbündete in anderen Ländern zu finden. Der "Sozialismus in einem Land" ist im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung, noch deutlich illusorischer als er es im 20. Jahrhundert war - gleichzeitig sind aber durch die internationalisierten Produktionsketten und den enormen Fortschritt in der Geschwindigkeit des Austausches und der Kommunikation die Bedingungen für internationale Solidarität um einiges einfacher geworden. Antworten auf diese Fragen und wie die Kämpfe zu gewinnen sind, können wir nur ausreichend beantworten, wenn wir an allen Orten der Welt die fortschrittlichsten Jugendlichen

organisieren und für die Perspektive des antikapitalistischen Kampfes gewinnen.

Wie organisiert man aber gemeinsam solche Kämpfe und wie können wir in Zukunft global agieren? Wir von REVOLUTION stehen für den Aufbau einer neuen Jugendinternationale nach dem Vorbild der sozialistischen Jugendinternationale, die 1907 gegründet wurde. Ein Zusammenschluss von kommunistischen Jugendorganisationen, die auf der Basis eines gemeinsamen Programms weltweit gegen Imperialismus bzw. Kapitalismus kämpfen.

#ENDSARS: Nigerias Jugendbewegung gegen Polizeigewalt & ihre Perspektive

Vor

circa 2 Wochen brachen in Nigeria im ganzen Land Proteste aus. Tausende junge Menschen wehren sich gegen die anhaltende und brutale Polizeigewalt, die vor allem von der Sondereinheit "SARS" ausgeht.

Sie

werfen der "Anti-Überfalleinheit" wiederholte Raubüberfälle und Misshandlungen von Zivilist_Innen vor und fordern deren Auflösung. Nach einer Woche heftiger Proteste, in denen auch eine Polizeistation in Flammen aufging, kündigte Nigerias Präsident Muhammadu Buharu an, dieser Forderung nachzukommen. Doch darauf kann

man sich nicht verlassen! Dies ist bereits die 4. Ankündigung dieser

Art in den letzten Jahren. Und passiert ist nichts! Die Menschen sind wütend, der Protest richtet sich längst auch schon gegen die Regierung als Ganzes.

Diese

scheint mit der Situation sichtlich überfordert zu sein, denn auch wenn dies von offizieller Stelle geleugnet wird, eröffnete das Militär in Lagos das Feuer auf friedliche Demonstrant Innen. Sie schossen auf die mutigen Menschen, die sich dem ungerechten und mörderischen System widersetzen. Über 50 Zivilist Innen wurden mittlerweile im Zuge der Proteste getötet. Die Regierung hat eine Ausgangssperre verhängt, nachdem in Benin fast 2.000 Häftlinge aus einem Gefängnis befreit wurden, doch die Menschen lassen sich nicht einschüchtern und kämpfen weiter! Richtete sich ihr Protest anfangs allein gegen SARS, wurden die Forderungen mittlerweile ausgeweitet. Sie fordern den Rücktritt des Präsidenten und ein Ende der massiven Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig absurd hohen Gehältern der PolitikerInnen. Diese Protestwelle ist vor allem ein Protest der Jugend, denn mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren ist Nigeria die jüngste Region der Welt und Jugendliche leiden besonders unter den prekären ökonomischen Verhältnissen: Nur eine Minderheit der Schul- und Hochschulabsolvent Innen hat eine Arbeit, von der sie leben kann und Migrationswege in den Rest der Welt sind dank der europäischen Grenzpolitik mittlerweile versperrt. Diese Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation hat sich nun in Wut umgewandelt. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass die politische Krise Westafrikas mit der schwersten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zusammenfällt: Durch die enormen Einbrüche im Außenhandel des Ölstaates hat sich die Lebenssituation vieler Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Millionen von Menschen, die vorher knapp über dem Existenzminimum lebten, rutschen nun darunter und die ohnehin hohe Arbeitslosenquote von 27% steigt weiter an. Die Übergriffe der SARS-Einheit haben nun das Fass zum Überlaufen gebracht und eine Jugendbewegung geschaffen, die entschlossen ist, sich nicht länger ihrer Ausbeutung zu beugen und

ihre Zukunft selbst gestalten will. Jetzt ist es an der Zeit, den aufgeworfenen sozialen Forderungen eine antikapitalistische Perspektive zu geben und die Massen der Arbeiter_Innen und Student_Innen in Räten zu organisieren. Es darf kein Vertrauen mehr in die Reformen der Regierung gesetzt werden. Stattdessen müssen die AktivistInnen selbst demokratisch über ihre Zukunft entscheiden!

Wir,

von REVOLUTION solidarisieren uns ausdrücklich mit der kämpfenden Protestbewegung in Nigeria! Das Regime, das brutal mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgeht muss entmachtet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschafft gezogen werden! Für eine demokratische Bewegung der Arbeiter_Innen und Student_Innen, die der Polizeigewalt & der Krise den Kampf ansagt!

Hoch die internationale Solidarität!

Zwischen Entmündigung und Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie

Eine betroffene Genossin berichtet

Im Frühjahr 2017 wurde ich

von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebte ich

drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich damals

selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu entkommen. Während

ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem auch

dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei unterstützen, in

ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern eher die

Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie ich

am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe

aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das Jugendamt

hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und zwei

voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei zu

unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und meine

Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut genommen. Aber

selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern. Diese

mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an ihrem

Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem Familiengericht

zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der_die Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative Weise immer noch als "Keimzelle der Gesellschaft" betrachtet wird,

behindert

die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren. Dadurch

bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die Chance,

meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in

Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der_die Jugendliche berichtet. Im

schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die

Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen.

Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe

kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über

einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des

Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien,

in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der

Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf. Nur

ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man dann

das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor dem

Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen unterscheiden

sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden nicht

direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von sogenannten freien

Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese bekommen

pro Kind oder Jugendliche_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu finanzieren.

Davon werden dem_der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom Alter und

Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkartenund

Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich höchstens

einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne eine

Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man bekommt,

kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern wird

gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen ist

sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt.

Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus

resultierte dann einige Male, dass Betreuer_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel, dass der_die Betreuer_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfing, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der die Betreuer In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in

Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes

Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine

Erstausstattung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der

wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht

aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch

eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten Tätigkeit nicht

möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen. Diese

Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr

hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also

dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance

auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu,

dass

sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekarisiert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der

Wohngruppe mit Betreuer_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich

der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in

der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen,

die ihrer Betreuer_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst

keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben aufgrund der

Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch

das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg Innen aus

Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich

mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich.

Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer Innen

so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich

meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden

Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die

Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr

Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie

die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern

aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden

können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog_Innen und Organisationen der Arbeiter_Innenklasse. Diese

Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es

ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für

oder

gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen vollste

Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen. Außerdem

müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige Menschen, die

selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie zusammenleben

oder mit welcher_m Betreuer_In sie zusammenarbeiten können. Zudem müssen

Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern

eigenständige Menschen!

• Frühere rechtliche

Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der jeweiligen

Länder!

Für das Recht auf gegenständliches
 Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!

• Für den Ausbau von

Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner Familie

bleiben müssen, wer das nicht möchte!

• Für selbstverwaltete

Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt durch die

Besteuerung der Reichen!

Für ein bedingungsloses

Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht.

Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

Massives staatliches

Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Bezahlt

durch die Bestreuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter Innenbewegung!

Azubis und junge Arbeiter_Innen sind die ersten Opfer der Wirtschaftskrise.

Ronja Keller

Kenne deine Rechte!

Schon vorher hat es sich

abgezeichnet, seit dem dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es amtlich: die Wirtschaft in Deutschland gerät in eine massive Rezession: Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, Veranstaltungen wurden abgesagt. Für viele Arbeiter Innen in Deutschland werden die Arbeitsplätze geschlossen, vielen wird Kurzarbeit angeordnet oder sie werden sogar entlassen, was hohe Einkommensverluste mit sich bringt. Die nächste Krise steht bevor und mit ihr Angriffe auf Arbeiter Innenrechte. Besonders treffen diese Angriffe uns Jugendliche und junge Menschen, denn wir sind die, die als Minijober innen, Auszubildenden oder Werkstudierenden arbeiten und somit die ersten, denen gekündigt wird. Oft haben wir begrenzte Arbeitsverträge und sind meist auch noch nicht allzu lang in Unternehmen angestellt. Das macht es Unternehmer Innen leichter, uns schneller zu entlassen. Diese Entlassungen und Einschränkungen in unseren Rechten lassen wir uns nicht so einfach bieten! Deshalb haben wir hier ein paar Tipps, wie du dich gegen solche Angriffe wehren kannst und welche Rechte du hast.

Was ist eigentlich Kurzarbeit?

Bei Kurzarbeit werden die Arbeitszeit sowie der Lohn heruntergesetzt oder komplett ausgesetzt. Das Arbeitsverhältnis bleibt aber erhalten. Das Kurzarbeiter Innengeld wird dabei vom Staat gezahlt und beträgt in der Regel 60 % des Vollzeitlohns. Ein Recht auf dieses Geld haben allerdings nur Erwerbstätige, die auch in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Praktisch heißt das, dass Werkstudierende, Scheinselbstsständige, Honorarkräfte und Minijobber_innen in der Regel keine Kohle bekommen, denn mit einem 450 Euro Job zahlt man normalerweise keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung.

Was tun, wenn Kurzarbeit angeordnet wird?

Für sogenannte

"Normal-Beschäftigte" gilt, dass Arbeitgeber_Innen Kurzarbeit nicht einseitig anordnen dürfen. Der Betriebs- oder Personalrat muss zustimmen. Wenn es solche Räte nicht gibt, braucht es die Zustimmung der jeweiligen Arbeiter_Innen. Es kann aber auch sein, dass die Zustimmung bereits im Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Dann braucht es keine Zustimmung mehr. Wenn ihr einen Betriebsrat habt, sprecht ihn an, damit dieser nicht gegen euren Willen für euch Kurzarbeit einwilligt. Stimmt individuell der Kurzarbeit nicht zu! Dann kann zwar eine Änderungskündigung drohen, aber ihr seid vorerst für mindestens 4 Wochen finanziell abgesichert. So gewinnt ihr Zeit und könnt euch immer noch nach Alternativen umschauen. Generell gilt immer: Nichts unterschreiben ohne rechtlichen Rat!

Als Werkstudierende_r

oder Minijobber_in solltet ihr vom Betriebsrat fordern, dass er für nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigte der Kurzarbeit nicht zustimmt. Denn dann besteht zunächst das Recht weiter beschäftigt und auch dementsprechend bezahlt zu werden. Solange Arbeitnehmer_Innen ihre Arbeitskraft anbieten, haben sie nämlich das Recht auf Beschäftigung und Bezahlung des Lohns, auch wenn der Arbeitgeber die Arbeitskraft nicht annimmt.

Was gilt für Auszubildende?

Normalerweise bekommen

Auszubildende kein Kurzarbeiter_Innengeld, denn der Ausbildungsbetrieb ist verpflichtet alles zu tun, um die Ausbildung weiterhin zu gewährleisten. Dabei darf der Betrieb den Ausbildungsplan umstrukturieren. Die Ausbildungsvergütung darf nicht gekürzt werden! Wenn der Betrieb keine Mittel mehr sieht, um die Ausbildung aufrecht zu erhalten, kann ein Ausfall der Ausbildung in Frage kommen. Diese Option ist aber das aller letzte Mittel. Wenn es so weit kommt, haben betroffene Auszubildende Anspruch auf Zahlung der vollen Ausbildungsvergütung für mindestens sechs Wochen. Nach Ablauf dieser sechs Wochen können sie ausnahmsweise auch Kurzarbeit beziehen.

Werden Auszubildende

nicht oder nur mangelhaft ausgebildet, besteht auch ein Anspruch auf Schadensersatz gegenüber dem Ausbildungsbetrieb. Ausgefallene Ausbildungsinhalte sollten deshalb unbedingt im Berichtsheft vermerkt werden! Außerdem kann die Ausbildungseignung des Betriebs entfallen, wenn dieser während einer anhaltenden Krise zum Erliegen kommt. Dann sind der Arbeitgeber, die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Arbeitsagentur verpflichtet, einen anderen Ausbildungsbetrieb zu suchen. Wenn der Betrieb schließt aber gleichzeitig die Ausbildungseignung nicht entfällt, dürfen in Ausnahmefällen Azubis nach Hause geschickt werden. Doch auch hier muss die Vergütung weitergezahlt werden. Zuhause bleiben darf man aus Angst vor dem Virus nicht. Aber der Betrieb ist zumindest verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um für die Gesundheit der Beschäftigten zu sorgen(Desinfektionsmittel, Masken, usw.).

Doch was ist, wenn die

Berufsschule geschlossen hat? Bietet deine Berufsschule online Unterricht an, muss sie oder der Ausbildungsbetrieb die Mittel dafür (Endgeräte, Programme, ...) zur Verfügung stellen. Die Verschiebung oder den Ausfall von Prüfungen regelt die IHK. Normalerweise ändert sich dabei nichts an deinem Ausbildungsvertrag außer die Prüfung wird soweit verschoben, dass sie über den Zeitraum deines Ausbildungsvertrages hinaus geht. Dann solltest du einen Antrag auf Verlängerung der Ausbildungszeit stellen.

Zur Übernahmegarantie

bleiben tarifvertragliche Regelungen weiter bestehen, wenn keine neuen Vereinbarungen im Betrieb getroffen wurden. Dazu ist es hilfreich sich beim Betriebsrat zu erkundigen!
Übernahmevereinbarungen, die in den letzten 6 Monaten vor Ende der Ausbildung geschlossen wurden, behalten ihre Wirksamkeit – auch wenn diese nur mündlich waren!

Darf mir Zwangsurlaub angeordnet werden?

Auszubildende können

nicht so einfach in Zwangsurlaub geschickt werden, denn Urlaub muss beantragt werden und darf nicht angeordnet werden. Das gleiche gilt für Abbau von Überstunden, soweit nichts anderes mit dem Betriebsrat vereinbart wurde.

Was tun, wenn mir Mehrarbeit verordnet wird?

Im Sozialschutzpaket zur

Abmilderung der Auswirkungen des Corona-Virus hat die Bundesregierung massive Einschnitte in die Arbeitszeitbeschränkungen von Arbeiter_Innen in sogenannten "systemrelevanten Jobs" vorgenommen. Die tägliche und wöchentliche zulässige Arbeitszeit wird auf 12 und 60! Stunden angehoben, Ruhezeiten werden verkürzt und der Anspruch auf Ersatzruhetage von einem Zeitraum von 2 auf 8 Wochen verlängert.

Wenn dir diese Mehrarbeit verordnet wird, wehre dich dagegen, sprich dich mit deinem Betriebsrat ab, wie ihr dagegen vorgehen könnt. Wenn du unter 18 bist,

dann fällst du unter das Jugendarbeitsschutzgesetz. Diese Form der Mehrarbeit darf dir dann nicht verordnet werden. Arbeitgeber_Innen drohen hohe Geldstrafen bei Missachtung. Mach sie ruhig darauf aufmerksam, wenn sie dich zwingen wollen, länger zu machen.

Was tun, wenn die Kündigung kommt?

Generell gilt immer, dass

die Kündigung schriftlich (nicht per Mail) sein muss. Außerhalb der Probezeit gilt eine Frist von mindestens 4 Wochen zum Monatsende oder zur Monatsmitte, in Probezeiten eine Frist von 2 Wochen. Wenn du in einem Betrieb mit mindestens 10 Vollzeitarbeitnehmer_Innen über 6 Monate beschäftigt bist, gilt das Kündigungsschutzgesetz. Das heißt, eine Kündigung muss begründet werden und es muss eine soziale Auswahl also eine Abwägung zwischen der Schutzbedürftigkeit verschiedener Arbeitnehmer_Innen erfolgen. Bei betriebsbedingten Kündigungen kann es einen Anspruch auf Abfindung geben, welcher sich an der Dauer der Beschäftigung orientiert.

Kann Corona ein

Kündigungsgrund sein? Für eine Kündigung braucht es sachliche Gründe. Das Coronavirus ist aktuell kein Grund für eine Kündigung. Das Unternehmen darf nicht einfach so auf Vorrat kündigen, nur weil beispielsweise der Absatz sinkt. Bei einer Stilllegung des Betriebs ist eine betriebsbedingte Kündigung nur dann gerechtfertigt, wenn der_die Unternehmer_in nicht mehr in der Lage ist, die Produktion / Dienstleistung fortzusetzen (z.B. wegen Kündigung von Pachtverträgen oder Verkauf von Maschinen). Bei einer Infizierung mit dem Coronavirus ist eine Kündigung auf keinen Fall rechtens. Wenn man aber fürchtet, sich im Betrieb zu infizieren und deswegen von der Arbeit fernbleibt, riskiert man eine verhaltensbedingte Kündigung.

Falls es zu einer

Kündigung kommt, heißt es, schnell reagieren und die Kündigung

durch die Gewerkschaft oder einen Anwalt prüfen lassen! Wenn ihr dagegen vorgehen wollt, müsst ihr innerhalb von 3 Wochen beim Arbeitsgericht die Klage einreichen.

Wir müssen für unsere Rechte kämpfen!

Minijobber Innen und

Werkstudierende haben keinen Anspruch auf Kurzarbeiter_Innengeld und können momentan gleich gekündigt werden. Prüfungen für Auszubildende werden verschoben oder fallen aus ohne jegliche Mitsprache von ihnen. Das Arbeitsrecht für Jugendliche ist eh schon unzureichend. Dennoch schrecken die Kapitalist_Innen nicht zurück, sie weiter zu beschneiden. Uns wird niemand was schenken, deshalb müssen wir unsere hart erkämpften Rechte verteidigen und ausweiten Wir dürfen uns nicht in die Rolle passiver Zuschauer_Innen drängen lassen, die nur zusehen, wie ihnen nach und nach Rechte beschnitten werden.

Deshalb müssen wir in

den bereits vorhandenen Gremien wie Jugend- und

Auszubildendenvertretungen unsere Forderungen herantragen. Es wird zwar momentan davon abgeraten Jugend- und

Auszubildendenversammlungen

durchzuführen und empfohlen, die Termine zu verschieben. Diese Versammlung ist allerdings ein wichtiges Gremium für die Vertretung aller Auszubildenden und sollte deshalb nicht einfach runtergefahren werden. Wenn die Versammlung nicht normal zusammenkommen kann, ist es immer noch möglich, sie online durchzuführen. In den Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollte demokratisch bestimmt werden, wie produziert wird und welche Maßnahmen in der Corona-Krise im Betrieb für alle Auszubildenden und junge Beschäftigte getroffen werden sollen.

Da wir als Jugendliche allein nicht genügend Einfluss haben, um über die ganze Produktion zu bestimmen, müssen wir auch gemeinsam eine Verbindung zur Arbeiter_Innenklasse schaffen und gemeinsam gegen die Angriffe der Kapitalist_Innen kämpfen und zwar durch Organisation und Massenstreiks. Die Gewerkschaftsführungen haben aktuell nur "Burgfriedenspolitik" und den nationalen Schulterschluss mit den Kapitalist_Innen anzubieten und brauchen Druck aus der Basis (Revo berichtete:

http://onesolutionrevolution.de/linke-politik-in-der-pandemie-teil-1%ef%bb%b f/)

Denn wenn wir sicherstellen wollen, dass Millionen keinen Lohn- und Einkommensverlust erleiden, dann werden wir kämpfen müssen. Wir brauchen Organisierung und gemeinsame Streiks zur Verteidigung unserer Interessen. Wir benötigen Kampforgane wie Aktionskomitees und Organe der Arbeiter_Innenkontrolle, die demokratisch legitimiert und ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind. Wir müssen den Gewerkschaften Druck machen, sich für einen betriebsübergreifenden Arbeitskampf und politische Streiks einzusetzen.

Unsere Forderungen für jugendliche Lohnabhängige

- Lohnfortzahlung für alle Beschäftigten und zwar aus den Profiten der Unternehmen statt Kurzarbeiter Innengeld
- Entlassungsverbote und Übernahmegarantie für alle Auszubildenden
- Keine Aussetzung der Arbeiter_Innenrechte durch Erlasse und Selbstermächtigung von Unternehmen durch Anordnung von Mehrarbeit, Home-Office, Wochenendarbeit, Versetzung und Zwangsurlaub
- Stattdessen mehr
 Kontrollausschüsse in den Unternehmen
- Aussetzung aller
 Miet- und Kreditzahlungen für alle Auszubildenden, Studierenden und

sonstige Lohnabhängige.

- Verteidigung des Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht
- Für das Recht auf politische Streiks,
- Für die Organisierung von flächendeckenden Streiks gegen die aktuellen Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen
- Demokratische
 Abstimmung der Auszubildenden in Auszubildendenvertretungen über
 den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung und Verschiebungen von Prüfungen